

Betriebskosten für drei städtische Notquartiere an folgenden Standorten:

- Kastelburgstraße 54
- Haidelweg 60
- Am Hollerbusch 1

- 22. Stadtbezirk – Aubing-Lochhausen-Langwied
- 21. Stadtbezirk – Pasing-Obermenzing
- 18. Stadtbezirk – Untergiesing-Harlaching

1 Anlage

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10722

Beschluss des Sozialausschusses vom 18.10.2018 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Die Zahl der Wohnungslosen in München hat sich seit 2008 mehr als verdreifacht. Ende 2008 lebten knapp 2.500 Wohnungslose in Notunterkünften, Pensionen und Wohnheimen. Bis Ende des Jahres dürfte die Zahl auf mehr als 9.000 steigen. Seit 2008 hat sich überdies die Zahl der Kinder, die in der Notunterbringung aufwachsen, auf mehr als 1.600 erhöht und damit vervierfacht.

Der vorliegende Beschluss dient zur Finanzierung der Bewirtschaftung von 228 Bettplätzen in drei städtischen Notquartieren an den Standorten:

- Kastelburgstraße 54
- Haidelweg 60
- Am Hollerbusch 1

1. Ausgangslage

Seit 2008 steigt die Zahl der akut wohnungslosen Personen kontinuierlich an. Es ist daher notwendig in allen Bereichen die vorhandenen Unterbringungsressourcen zu erweitern.

Der Ansatz für die Betriebskosten (ohne Personalkosten) der Notquartiere für Wohnungslose wurde in 2017 um ca. 320.000,- Euro überschritten. Dieser Mehrbedarf entspricht ungefähr den Kosten, die in 2017 für die zuletzt in Betrieb genommenen Notquartiere am Haidelweg, Am Hollerbusch, an der Kastelburgstraße und an der Hiltenspergerstraße angefallen sind. Diese Kosten konnten in 2017 aus dem Gesamtbudget des Sozialreferats/ Amt für Wohnen und Migration gedeckt werden.

In 2018 werden die Betriebskosten für die genannten vier Notquartiere entsprechend höher ausfallen, da sie ganzjährig betrieben werden. In 2017 standen die Unterkünfte Am Hollerbusch und an der Kastelburgstraße nur für den Zeitraum von zwei bzw. drei Monaten zur Verfügung. Die Kosten für die vier Notquartiere werden für 2018 mit 945.494,- Euro beziffert.

Auch in 2018 wird versucht, diese Kosten letztmalig aus dem vorhandenen Referatsbudget zu decken. Damit folgt das Sozialreferat einer Empfehlung der Stadtkämmerei. Eine Deckung der laufenden Betriebskosten kann nicht dauerhaft aus dem Referatsbudget erfolgen, daher werden Mittel ab 2019 benötigt.

Ab dem Jahr 2019 betragen die Kosten für nunmehr drei Notquartiere 717.526,- Euro jährlich. Das im Besitz des Erzbischöflichen Ordinariats München befindliche Objekt an der Hiltenspergerstraße 84 kann die Landeshauptstadt München voraussichtlich nur noch bis zum 31.10.2018 nutzen. Die Liegenschaft wird neu bebaut und anschließend durch das Ordinariat selbst genutzt.

2. Städtische Notquartiere

Städtische Notquartiere sind Einrichtungen der Landeshauptstadt München als Bestandteil des Sofortunterbringungssystems bei akuter Wohnungslosigkeit, neben gewerblichen Beherbergungsbetrieben, Clearinghäusern und Flexi-Heimen. Sie dienen der vorübergehenden Unterbringung von wohnungslosen Bürgerinnen und Bürgern. Die Notquartiere werden vom Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration – Abteilung Unterkünfte geführt und verwaltet.

Durch den Betrieb der drei Notquartiere an der Kastelburgstraße 54, am Haidelweg 60 und Am Hollerbusch 1 soll dazu beigetragen werden, ausreichend bedarfsgerechte Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, die der nachhaltigen und zügigen Vermittlung in Wohnungen und in zielgruppenspezifische Wohnformen dienen. Die Einrichtungsführung erfolgt durch die Abteilung Unterkünfte des Amtes für Wohnen und Migration (S-III-U). Die pädagogische Betreuung erfolgt durch die Bezirkssozialarbeit (BSA) im Amt für Wohnen und Migration bzw. durch freie Träger. Die Finanzierung der pädagogischen Betreuung ist nicht Gegenstand des vorliegenden Beschlusses.

Im Jahr 2016 wurden 98 zusätzliche Bettplätze im Notquartier am Haidelweg 60 geschaffen. Im Jahr 2017 wurden 130 zusätzliche Bettplätze in den Notquartieren Am Hollerbusch 1 (48 BP) und an der Kastelburgstraße 54 (82 BP) geschaffen. Außerdem erfolgte eine Verlängerung der Laufzeit des Notquartiers an der Hiltenspergerstraße 84 (100 BP). Somit wurden durch die vier Notquartiere ca. 328 zusätzliche Bettplätze im Sofortunterbringungssystem der Landeshauptstadt München generiert. Aufgrund der Schließung der Hiltenspergerstraße stehen ab 2019 228 Bettplätze zur Verfügung.

Für die Notquartiere fallen laufende Betriebs- und Nebenkosten für Müll, Strom, Winterdienst, Warmwasser, Wasser/Abwasser, Heizung, Grundsteuer und Versicherung an. Für diese laufenden „echten“ Baukosten bzw. Gebäudekosten kommt das Kommunalreferat auf. Die Bereitstellung der benötigten Mittel erfolgt nicht durch vorliegenden Beschluss.

Kleinere Reparaturen und andere kleinere Instandhaltungsmaßnahmen werden über den kleinen Bauunterhalt finanziert. Mit Hilfe des kleinen Bauunterhalts werden alle anfallenden Wartungsarbeiten, Reparaturen und kleinere Umbauarbeiten für den Erhalt des Gebäudes finanziert, genauso wie Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten in den Bewohnerzimmern. Die Arbeiten werden in der Regel durch die Haustechnik der Abteilung Unterkünfte des Amtes für Wohnen und Migration durchgeführt. Bei Bedarf werden externe Firmen beauftragt.

Die Zimmer und Gemeinschaftsräume werden möbliert zur Nutzung überlassen. Die Gemeinschafts- und Funktionsräume werden durch externe Dienstleister regelmäßig gereinigt.

Die Finanzierung der laufenden Betriebskosten für Reinigung, Sicherheit, Brandmeldeanlagen, Überfallmeldeanlagen und interne Alarmierungssysteme erfolgt durch das Amt für Wohnen und Migration.

Abgesehen von dem Notquartier an der Hiltenspergerstraße handelt es sich bei den weiteren Objekten um Neueröffnungen, bei denen die Erstausrüstung zur Verfügung gestellt werden musste. Die Erstausrüstung umfasst u. a. Küchen, Schränke, Betten, Waschmaschinen, Trockner, Spielgeräte, Doppelkochplatten, Tische, Stühle, Spinde und Regale. Die Finanzierung erfolgte aus der bestehenden Möblierungspauschale für Unterkünfte von Wohnungslosen und Flüchtlingen der Geschäftsstelle des Amtes für Wohnen und Migration (S-III-LG).

Die Finanzierung der Investitionskosten sowie für die (anteiligen) konsumtiven Mittel der Haushaltsjahre 2017 und 2018 erfolgte bzw. erfolgt aus vorhandenen Budgetmitteln des Sozialreferates. Ab dem Haushaltsjahr 2019 sollen die im Beschluss beantragten Mittel dauerhaft bereit gestellt werden.

Der nötige Personalbedarf für die drei Notquartiere soll in einem Personalbeschluss im dritten bzw. vierten Quartal 2018 beantragt werden. Die Eröffnungen und die Bereitstellung des entsprechenden Personals wird durch vorübergehende Personalverschiebungen sichergestellt. Langfristig sollen die benötigten Stellen durch den angesprochenen Personalbeschluss geschaffen werden, um eine geordnete Lösung realisieren zu können.

Es werden im folgenden die geplanten Kosten ab 2019 dargestellt, für die eine Finanzierung des Bedarfs beantragt wird.

Überfallmeldeanlagen und interne Alarmierungssysteme in städtischen Notquartieren mit städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Neben den üblichen Betriebskosten wie z. B. Instandhaltungskosten und Sicherheitskosten fallen auch spezifische Kosten an, die der Sicherheit in den Unterkünften dienen. Neben den Einrichtungskosten dieser Systeme (diese sind bereits im Jahr 2017 angefallen und konnten aus dem Budget des Amts für Wohnen und Migration bezahlt werden) fallen ab 2018 pro Unterkunft 2.400,- € laufende Kosten an (siehe Tabelle zu den einzelnen Unterkünften), deren Deckung ab 2019 nicht mehr aus dem Referatsbudget erfolgen kann.

Die Kosten fallen für folgende Maßnahmen an:

Alle städtischen Notquartiere mussten mit Überfallmeldeanlagen (ÜMA) und internen Alarmierungssystemen (IAA) ausgestattet werden.

Bereits im Jahr 2005 wurde die Nachrüstung von Überfallmeldeanlagen und internen Alarmierungssystemen durch die Münchner Polizei empfohlen und durchgeführt. In den bestehenden sechs Notquartieren an der Burmesterstraße 20, Gmunder Straße 1, Implersstraße 51, Kastelburgstraße 56-60, Sachsenstraße 33 und am Karl-Marx-Ring 104 sind bereits Überfallmeldeanlagen und interne Alarmierungssysteme installiert.

Die Überfallmeldeanlage und das interne Alarmierungssystem dienen der Verbesserung der Sicherheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der untergebrachten Personen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter externer Dienstleister.

Die Überfallmeldeanlage und das interne Alarmierungssystem sind die elektronischen Komponenten innerhalb eines sicherheitstechnischen Konzepts. Die Überfallmeldeanlage ermöglicht bei erkannter Gefahr schnellstmöglich Hilfe herbeizurufen durch direkte Alarmübertragung zur Polizei. Das interne Alarmierungssystem ermöglicht bei erkannter Gefahr schnellstmögliche Unterstützung und/oder Hilfestellung durch andere Kolleginnen und Kollegen und/oder Bewohnerinnen und Bewohner zur Überbrückung der Zeit bis zum

Eintreffen der Polizei. Die Installation einer Überfallmeldeanlage in Kombination mit einem internen Alarmierungssystem ist eine wichtige Maßnahme zur Erfüllung der Fürsorgepflicht gegenüber städtischem Personal und den Untergebrachten.

3. Erweiterung der Unterbringungsressourcen durch drei städtische Notquartiere

3.1 Notquartier Kastelburgstraße 54 - Erweiterungsbau

Objekt	Bezirk	Kapazität (BPL)	Nutzungsbeginn	Nutzungs-dauer	Zielgruppe
Kastelburgstr. 54 81245 München Fl.Nr.: 2193/0 Gemarkung Aubing	22	82	04.10.2017	10 Jahre	Anerkannte Geflüchtete und wohnungslose Haushalte / Einzelpersonen und Paare

Das bereits bestehende Notquartier an der Kastelburgstraße 56-60 wurde aufgrund des 2. Standortbeschlusses für Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen vom 28.01.2015 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02255) durch einen Neubau erweitert. Nutzungsbeginn war der 4. Oktober 2017.

Die Einrichtung sollte ursprünglich von 180 Bettplätzen um 90 Bettplätze auf insgesamt 270 Plätze aufgestockt werden. Auf dem Grundstück bestanden noch Baurechts-Reserven, die der Landeshauptstadt München zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für einen Nutzungszeitraum von zehn Jahren von einem privaten Eigentümer angeboten wurden. Die Bestandseinrichtung ist derzeit mit wohnungslosen Familien belegt. Im 2. Standortbeschluss wurde für den Erweiterungsbau die Belegung mit alleinstehenden Männern festgelegt. Mit diesem Beschluss wird die Belegung auf Einzelpersonen und Paare erweitert.

Aufgrund der behindertenfreundlichen Konstruktion des Erdgeschosses kann damit eine lang bestehende Versorgungslücke geschlossen und so neben der Unterbringungsmöglichkeit ein sozialpolitisch wichtiges konzeptionelles Ziel verwirklicht werden.

In Abstimmung mit dem Bezirksausschuss des 22. Stadtbezirkes, Aubing-Lochhausen-Langwied wurde aufgrund dessen Antrags vom 21.01.2015 (Antrag Nr. 14-20 / B 00792) beschlossen, das Objekt an der Kastelburgstraße (Bestandsbau und Erweiterungsbau) auf 230 Bettplätze zu begrenzen. In der Folge werden im Bestandsbau 148 und im Erweiterungsbau 82 Personen untergebracht.

Die beiden Gebäudeteile sind zwei komplett eigenständig bewirtschaftete Betriebe und stellen somit zwei für sich stehende Einrichtungen für die Unterbringung von wohnungslosen Haushalten dar. Darüber hinaus wurden im 22. Stadtbezirk bisher nur wenige Unterkünfte geplant und realisiert. Aus diesen Gründen wird hier – in Abstimmung mit dem zuständigen Bezirksausschuss – von der Kapazitätsgrenze von 200 Bettplätzen abgewichen.

Finanzierungsbedarf:

Haushaltsjahr 2019 ff.

Art	konsumtiv	Betrag
Instandhaltungskosten	dauerhaft 2019 ff.	56.000,- € pro Jahr
Betriebskosten		22.480,- € pro Jahr
Sicherheitskosten		89.368,- € pro Jahr
Sonstige Sachkosten		16.080,- € pro Jahr
Budget kleiner Bauunterhalt		14.400,- € pro Jahr
Installation ÜMA / IAA		2.400,- € pro Jahr
Gesamte konsumtive Kosten		200.728,- € pro Jahr

3.2 Notquartier Haidelweg 60

Objekt	Bezirk	Kapazität (BPL)	Nutzungsbeginn	Nutzungs-dauer	Zielgruppe
Haidelweg 60 / Planegger Straße 125 81241 München Fl.Nr.: 1994/0 und 1992/8 Gemarkung Pasing	21	98	12.2016	Bis 31.12.2020 (26. Standortbeschluss)	Anerkannte Geflüchtete in kommunaler Zuständigkeit / Familien

Im 2. Standortbeschluss vom 28.01.2015 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02255) wurde eine Erweiterung der bestehenden Unterkunft für wohnungslose Haushalte am Haidelweg 60 / Planegger Straße 125 von damals bislang 155 Bettplätzen um 45 Bettplätze für Familien auf den Flurstücken 1990/0 Teilfläche und 1994/0, Gemarkung Pasing, auf einer Fläche von 10.000 qm beschlossen. Dies wurde im 4. Standortbeschluss vom 29.04.2015 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03051) nochmals bestätigt. Im 5. Standortbeschluss vom 20.05.2015 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03148)

wurde eine Erhöhung um insgesamt 100 Bettplätze beschlossen.

Zwischenzeitlich wurde das benachbarte Flurstück 1992/8, Gemarkung Pasing, im 9. Standortbeschluss vom 09.09.2015 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04040) für die Unterbringung von Flüchtlingen in einer Leichtbauhalle beschlossen. Diese wurde jedoch nicht realisiert und im 14. Standortbeschluss vom 12.11.2015 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04684) wieder verworfen.

Im weiteren Verlauf der Planungen stellte sich heraus, dass es für die langfristig geplante bauliche Entwicklung des städtischen Gesamtareals Planegger Str. 125 / Haidelweg 60 erforderlich ist, die Unterkunft am Haidelweg 60 zu situieren, da im Rahmen der Entwicklung u.a. Raum für gewerbliche Nutzung geschaffen werden soll. Die Erschließung von Gewerbe eignet sich aus verkehrstechnischen und Lärmschutz-Gründen besser über die Planegger Straße. Deshalb wurden die Planungen letztlich auf dem bereits hierfür beschlossenen Flurstück 1994/0 sowie dem am 09.09.2015 zur Flüchtlingsunterbringung beschlossenen benachbarten Flurstück 1992/8 auf einer Gesamtfläche von ca. 4.500 qm weitergeführt (siehe 26. Standortbeschluss vom 07.07.2016, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06612).

Nutzungsbeginn des Notquartiers am Haidelweg 60 war im Dezember 2016. Laut 26. Standortbeschluss ist die Nutzung bis zum 31.12.2020 vorgesehen. Das Objekt befindet sich in städtischem Besitz. Eine Verlängerung der Nutzung wird angestrebt. Die Kapazität beträgt 98 Bettplätze.

Finanzierungsbedarf:

Haushaltsjahr 2019 ff.

Art	konsumtiv	Betrag
Instandhaltungskosten	dauerhaft 2019 ff.	68.600,- € pro Jahr
Betriebskosten		27.538,- € pro Jahr
Sicherheitskosten		89.368,- € pro Jahr
Sonstige Sachkosten		19.698,- € pro Jahr
Budget kleiner Bauunterhalt		22.050,- € pro Jahr
Installation ÜMA / IAA		2.400,- € pro Jahr
Gesamte konsumtive Kosten		229.654,- € pro Jahr

3.3 Notquartier Am Hollerbusch 1

Objekt	Bezirk	Kapazität (BPL)	Nutzungsbeginn	Nutzungs-dauer	Zielgruppe
Am Hollerbusch 1 81547 München Fl.Nr.: 12901/30 Gemarkung Sektion VII	18	48	15.11.2017	Bis Ende der Baugenehmigung am 31.12.2025	Anerkannte Geflüchtete in kommunaler Zuständigkeit / Alleinstehende Frauen mit und ohne Kinder

Das städtische Notquartier Am Hollerbusch 1 war ursprünglich für die Unterbringung von 48 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen durch das Sozialreferat/Stadtjugendamt vorgesehen. Aufgrund der hohen Bedarfe zur Unterbringung wohnungsloser Personen werden dringend Plätze zur Unterbringung von anerkannten Geflüchteten und Wohnungslosen benötigt.

Das städtische Notquartier Am Hollerbusch 1 soll zur Unterbringung anerkannter weiblicher Geflüchteter mit Kindern sowie alleinstehender anerkannter weiblicher Geflüchteter dienen (siehe Beschluss vom 21.09.2017, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09937).

Die beabsichtigte Nutzung des Objektes mit der genannten Zielgruppe trägt dem Wunsch des Stadtrates Rechnung, gezielt geschützte Unterbringungsangebote für diese Zielgruppe zu schaffen (s.a. Antrag Nr. 14-20 / A 02431 der SPD-Fraktion vom 06.09.2016, behandelt mit Beschluss vom 30.03.2017, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08078).

Das Objekt befindet sich in städtischem Eigentum.

Finanzierungsbedarf:

Haushaltsjahr 2019 ff.

Art	konsumtiv	Betrag
Instandhaltungskosten	dauerhaft 2019 ff.	33.600,- € pro Jahr
Betriebskosten		13.488,- € pro Jahr
Sicherheitskosten		89.368,- € pro Jahr
Sonstige Sachkosten		9.648,- € pro Jahr
Budget kleiner Bauunterhalt		8.640,- € pro Jahr
Installation ÜMA / IAA		2.400,- € pro Jahr
Gesamte konsumtive Kosten		157.144,- € pro Jahr

4. Gesamte Betriebskosten für drei Notquartiere ab Haushaltsjahr 2019 ff.

Haushaltsjahr 2019 ff.

Art	konsumtiv	Betrag
Instandhaltungskosten	dauerhaft 2019 ff.	158.200,- € pro Jahr
Betriebskosten		63.506,- € pro Jahr
Sicherheitskosten		268.104,- € pro Jahr
Sonstige Sachkosten		45.426,- € pro Jahr
Budget kleiner Bauunterhalt		45.090,- € pro Jahr
Installation ÜMA / IAA		7.200,- € pro Jahr
Gesamte konsumtive Sachkosten für drei Notquartiere		587.526,- € pro Jahr

5. Erlöse/Refinanzierung

Es werden Gebührenentgelte nach der Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Notquartiere der Landeshauptstadt München (Notquartiere-Gebührensatzung) erhoben. Die Notquartiere-Gebührensatzung wurde vom Stadtrat am 10.12.2003 beschlossen und am 13.12.2017 zuletzt geändert, vgl. Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08929.

Die Notquartier-Benutzungsgebühr schließt die Kosten für die Benutzung der Gemeinschaftseinrichtungen sowie aller Nebenkosten (z. B. Wasser, Strom, Heizung, Möblierung, etc.) mit ein. Die Gebühren werden als Tagesgebühren erhoben. Für jeden vollen Monat der Benutzung werden 30 Tagessätze pro Bettplatz berechnet. Die Gebührenhöhe unterscheidet sich nach Zimmerkategorie (Einzelzimmer: 306,- Euro pro Monat, Doppelzimmer: 246,- Euro pro Monat, Mehrbettzimmer: 209,10 Euro pro Monat). Für Zahlungsausfälle wird anhand der Erfahrungswerte aus den städtischen Notquartieren ein Risikoabschlag von 15 Prozent berechnet.

Ab 01.01.2020 ist eine Gebührenerhöhung um 15,- Euro pro Monat für jede Kategorie in der Notquartier-Gebührensatzung festgeschrieben.

Zum 01.01.2018 fand eine Erhöhung der Gebührenentgelte für Notquartiere statt. Hintergrund ist, dass aufgrund der derzeitigen Wohnungsmarktsituation eine getrennte Unterbringung von nach AsylbLG leistungsberechtigten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und wohnungslosen anerkannten Flüchtlingen nicht immer möglich ist. Dies machte eine Angleichung der Gebühren für die Unterbringung in kommunalen (dezentralen) Flüchtlingsunterkünften sowie in kommunalen Notquartieren des Wohnungslosenhilfesystems notwendig. Somit wird eine Ungleichbehandlung der verschiedenen Anspruchsgruppen vermieden. Der Vorschlag wurde am 28.11.2017 dem Sozialausschuss bzw. am 13.12.2017 der Vollversammlung zur Abstimmung vorgelegt und beschlossen.

Im folgenden werden die geplanten Erlöse ab dem Haushaltsjahr 2018 dargestellt:

5.1 Erlöse/Refinanzierung Hiltenspergerstraße 84

Haushaltsjahr 2018 (nur bis 31.10.2018)

Hiltenspergerstraße 84		Betrag
76 Bettplätze	Einzelzimmer (306,- € pro Monat)	232.560,- € pro Jahr
24 Bettplätze	Doppelzimmer (246,- € pro Monat)	59.040,- € pro Jahr
		291.600,- € pro Jahr
Risikoabschlag (15 Prozent)		-43.740,- € pro Jahr
Gesamterlös 2018 (bei 85 prozentiger Auslastung)	01.01.-31.10.2018	247.860,- € pro Jahr

5.2 Erlöse/Refinanzierung Kastelburgstraße 54

Haushaltsjahr 2018 ff.

Kastelburgstraße 54		
14 Bettplätze	Einzelzimmer (306,- € pro Monat)	51.408,- € pro Jahr
56 Bettplätze	Doppelzimmer	

	(246,- € pro Monat)	165.312,- € pro Jahr
12 Bettplätze	Mehrbettzimmer (209,10 € pro Monat)	30.110,40 € pro Jahr
		246.830,40 € pro Jahr
Risikoabschlag (15 Prozent)		-37.024,56 € pro Jahr
Jährliche Gesamterlöse 2018 ff. (bei 85 prozentiger Auslastung)	dauerhaft	209.805,84 € pro Jahr

5.3 Erlöse/Refinanzierung Haidelweg 60

Haushaltsjahr 2018 ff.

Haidelweg 60		
100 Bettplätze	Doppelzimmer (246,00 € pro Monat)	295.200,- € pro Jahr
Risikoabschlag (15 Prozent)		-44.280,- € pro Jahr
Jährliche Gesamterlöse 2018 ff. (bei 85 prozentiger Auslastung)	2018-2020	250.920,- € pro Jahr

5.4 Erlöse/Refinanzierung Am Hollerbusch 1

Haushaltsjahr 2018 ff.

Am Hollerbusch 1		
48 Bettplätze	Doppelzimmer (246,00 € pro Monat)	141.696,- € pro Jahr
Risikoabschlag (15 Prozent)		-21.254,40 € pro Jahr
Jährliche Gesamterlöse 2018 ff. (bei 85 prozentiger Auslastung)	2018-2025	120.441,60 € pro Jahr

5.5 Erlöse/Refinanzierung gesamt für vier Notquartiere im Haushaltsjahr 2018

Haushaltsjahr 2018

Gesamt	Betrag 2018 (für die Laufzeit der Projekte)
Hiltenspergerstraße 84	291.600,- €
Kastelburgstraße 54	246.830,40 €
Haidelweg 60	295.200,- €
Am Hollerbusch 1	141.696,- €
	975.326,40 €
Risikoabschlag (15 Prozent)	-146.298,96 €
Gesamterlöse vier Notquartiere 2018 (bei 85 prozentiger Auslastung)	829.027,44 €

5.6 Erlöse/Refinanzierung gesamt für drei Notquartiere ab Haushaltsjahr 2019 ff.

Die ab dem Haushaltsjahr 2019 ff. dargestellten Erlöse für die drei Notquartiere sind ähnlich hoch wie die im Beschluss beantragten Mittel zur Finanzierung der Betriebskosten. Die Betriebskosten sind nur ein Kostenblock, der in die Kalkulation von Entgelten einfließt. Weitere Kostenblöcke, wie beispielsweise Personalkosten, sind in der Berechnung der Entgelte enthalten, nicht jedoch Gegenstand dieser Beschlussvorlage.

Haushaltsjahr 2019 ff.

Gesamt	Betrag 2019 ff. (für die Laufzeit der Projekte)
--------	---

Kastelburgstraße 54	246.830,40 € pro Jahr
Haidelweg 60	295.200,- € pro Jahr
Am Hollerbusch 1	141.696,- € pro Jahr
	683.726,40 € pro Jahr
Risikoabschlag (15 Prozent)	-102.558,96 € pro Jahr
Jährliche Gesamterlöse drei Notquartiere 2019 ff. (bei 85 prozentiger Auslastung)	581.167,44 € pro Jahr

6. Bewachung Verbünde

Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration hat die Betreuung der akut Wohnungslosen Haushalte in Teams organisiert, die vor Ort Büroräume beziehen werden. In diesen Büroräumen muss zur Sicherheit der Mitarbeiter, wie in den sonstigen Bürostandorten des Amtes für Wohnen und Migration, Sicherheitspersonal eingesetzt werden. Neben den Räumen im Notquartier Haidelweg betrifft dies auch die Büroräume, die für die sozialpädagogische Betreuung im gewerblichen Beherbergungsbetrieb Schöllstraße 2+4 eingerichtet wurden.

Aufstellung der Verbünde inklusive Bewachungsumfang:

Standort	Haidelweg 60	Schöllstraße 2+4
Anzahl Verbünde	1	1
Personalstärke Bezirkssozialarbeit	6	4
Anzahl Sicherheitskräfte	1	1
Bewachungszeiten	Mo. bis Do. 8.00 bis 18.00 Uhr Fr. 8.00 bis 16.00 Uhr	Mo. bis Do. 8.00 bis 18.00 Uhr Fr. 8.00 bis 16.00 Uhr
Bewachungskosten pro Jahr	ca. 65.000,- €	ca. 65.000,- €
Gesamte jährliche Bewachungskosten ab Haushaltsjahr 2019 ff.	ca. 130.000,- €	

7. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

7.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig
Summe zahlungswirksame Kosten	717.526,-- ab 2019	
davon:		
Personalauszahlungen (Zeile 9)*		
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**		,
Betriebskosten 3 Notquartiere	587.526,-- ab 2019	
Bewachung Verbünde	130.000,-- ab 2019	
Transferauszahlungen (Zeile 12)		
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)		
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)		
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente		

* Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.
Bei Besetzung von Stellen mit einer Beamtin/einem Beamten entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 % des Jahresmittelbetrages.

** ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

Ab 2015 gelten für die Verrechnung der Leistungen mit it@M die vom Direktorium und der Stadtkämmerei genehmigten Preise. Die zur Zahlung an it@M erforderlichen Mittel für die Services

„Arbeitsplatzdienste“ und „Telekommunikation“ werden im Rahmen der Aufstellung des Haushalts- bzw. Nachtragshaushaltsplanes in die Budgets der Referate eingestellt. Eine gesonderte Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung ist daher nicht mehr erforderlich.
Sonstige IT-Kosten, wie z.B. Zahlungen an externe Dritte, sind hier mit aufzunehmen!

7.2 Nutzen im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	Dauerhaft (für die Laufzeit der Objekte)	Einmalig (für die Laufzeit der Objekte)
Erlöse	581.167,-- ab 2019	829.027,-- in 2018
Summe der zahlungswirksamen Erlöse		
davon:		
Zuwendungen und allgemeine Umlagen (Zeile 2)		
Sonstige Transfereinzahlungen (Zeile 3)		
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Zeile 4)	581.167,-- ab 2019	829.027,-- in 2018
Privatrechtliche Leistungsentgelte (Zeile 5)		
Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Zeile 6)		
Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 7)		
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen (Zeile 8)		

7.3 Finanzierung

Die Finanzierung ab dem Haushaltsjahr 2019 ff. kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

7.3.1 Darstellung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Notquartiere dienen der Unterbringung wohnungsloser Haushalte und damit der Erfüllung der kommunalen Unterbringungspflicht und der Aufrechterhaltung der öffentlichen

Sicherheit und Ordnung gemäß Art. 6 und Art. 7 Abs. 2 Nr. 3 LstVG i. V. m. Art. 57 Abs. 1 S. 1 GO.

Die Maßnahme ist erforderlich, da der Zugang in das städtische Sofortunterbringungssystem der Landeshauptstadt München erheblich zugenommen hat und es sich aktuell an seinen Kapazitätsgrenzen befindet. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Zugangszahlen im Sofortunterbringungssystem in absehbarer Zeit sinken.

Zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes der Notquartiere ist es notwendig, die Leistungen der Betriebsführung rechtzeitig und lückenlos zu gewährleisten.

Können diese Aufgaben nicht wahrgenommen werden, kann eine Einrichtung nicht betrieben werden. Eine Unterbringung ist in der Folge nicht möglich.

Die entsprechenden Standortbeschlüsse sowie Anmiet- und Baubeschlüsse liegen bereits mit positiven Stadtratsentscheidungen vor. Die Beantragung der erforderlichen Betriebskosten durch vorliegenden Beschluss ist eine notwendige Folge aufgrund der getroffenen Stadtratsentscheidungen.

Aufgrund der sich ständig ändernden Bedarfslage mussten die Planungen laufend angepasst werden.

7.3.2 Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2019 ff.

Die zusätzlich benötigten Auszahlungsmittel werden genehmigt und in den Haushaltsplan 2019 ff. aufgenommen.

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Sozialreferat im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe Nr. 16 der Liste der geplanten Beschlüsse des Sozialreferats.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Abstimmung mit anderen Referaten und Stellen

Die Beschlussvorlage ist mit der Stadtkämmerei abgestimmt, vgl. Anlage.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Offman,

der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle, dem Kommunalreferat und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

- 1.** Der Bewirtschaftung der drei städtischen Notquartiere an den bereits beschlossenen Standorten

- Kastelburgstraße 54
- Haidelweg 60
- Am Hollerbusch 1

wird zugestimmt.

- 2.** Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft ab 2019 ff. erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 587.526,- Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 zusätzlich bei der Stadtkämmerei anzumelden (Unterabschnitt 4356, Kostenstellen 20322113, 20322170, 20322171, 20322172, Finanzpositionen 4356.540.3000.4 und 4356.501.0000.9).

- 3.** Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft ab 2019 ff. erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die Bewachung der Verbünde an den Standorten

- Haidelweg 60
- Schöllstraße 2+4

in Höhe von jährlich 130.000,- Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 zusätzlich bei der Stadtkämmerei anzumelden (Kostenstellen 20322170, SO20352, Finanzposition 4356.540.3000.4).

- 4.** Das Sozialreferat wird beauftragt, die Erlöse durch die Mehreinnahmen aufgrund der neuen Notquartiere in Höhe von 829.027,- Euro in 2018 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung zum Nachtrag 2018 und in Höhe von 581.167,- Euro ab 2019 ff. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 bei der Stadtkämmerei anzumelden (Innenauftrag 604140142, Sachkonto 421100).

Die Höhe der Erlöse wird bei den jeweiligen Haushaltsplanaufstellungen überprüft und gegebenenfalls an veränderte Rahmenbedingungen angepasst.

- 5.** Der Zielgruppenänderung des Notquartiers an der Kastelburgstraße 54 von „alleinstehenden Männern“ zu „Einzelpersonen und Paare“ wird zugestimmt.
- 6.** Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl
Bürgermeisterin

Dorothee Schiwy
Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über D-II-V/SP

an das Direktorium – Dokumentationsstelle

an die Stadtkämmerei

an die Stadtkämmerei, HA II/11

an die Stadtkämmerei, HA II/12

an das Revisionsamt

z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat, S-III-WP/SW**

An das Kommunalreferat

An die Frauengleichstellungsstelle

An das Sozialreferat, S-GL-F (2 x)

An das Sozialreferat, S-III-MI/IK

z.K.

Am

I.A.